Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. $7\frac{1}{2}$ Sgr
monatlich $12\frac{1}{2}$ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 543. Abendblatt. Mittwoch, den 21. November. 1866.

Deutschland.

Berlin, 21. November. Nachdem bei Se. Majestät dem Könige der bereits gemeldete Empfang stattgefunden, nahmen Allerhöchstdieselben gestern die Vorträge des Polizei-Präsidenten von Bernuth und des Chefs des Militär-Kabinets von Treskow, im Beisein des Stellvertreters des Kriegsministers, von Podbielski, entgegen. Mittags statteten der aus der Schweiz zurückgekehrte Prinz Alexander und der Prinz Salm-Horstmar Besuche ab und hatte darauf Se. Majestät eine lange Unterredung mit dem Kronprinzen. Demnächst ertheilte der König einer aus Breslau hier eingetroffenen Deputation, an ihrer Spitze der Oberbürgermeister Hobrecht, und dem französischen Botschafter Benedetti eine Audienz, und fuhr um 5 Uhr zum Diner in das Hotel des Ministers des Innern Graf Eulenburg. Abends erschien Se. Majestät in der Oper.

— Se. Königl. Hoheit der Kronprinz traf gestern Mittags von Potsdam hier ein, begab sich aber schon 2 Uhr wieder dorthin zurück.

— (N. A. Z.) Von Süddeutschland aus werden immer noch Gerüchte verbreitet, als ob Unterhandlungen zwischen Preußen und dem ehemaligen König und Kronprinzen von Hannover angeknüpft wären, um gegen gewisse Zugeständnisse deren Verzichtleistung zu erlangen. So wird in der „Allgemeinen Zeitung" behauptet, es sei dem Kronprinzen die Regierung von Braunschweig angeboten worden, falls er bereit sei, seinen Ansprüchen auf Hannover zu entsagen. Es wird nun hinzugefügt, daß der Kronprinz dies Anerbieten abgelehnt habe. Wir können dagegen mit der größten Bestimmtheit versichern, daß dergleichen Anerbietungen und Vorschläge von Seiten Preußens niemals gemacht worden sind. — Ein anderes, auf die neuen Landestheile Preußens bezügliches Gerücht will wissen, daß die Königlichen Prinzen sich geweigert hätten, ihre Residenzen nach den Hauptstädten dieser Provinzen, nach Hannover, Kassel und Wiesbaden, zu verlegen. Es könnte hiernach scheinen, daß eine Aufforderung in dieser Beziehung wirklich an sie gerichtet worden wäre und daß sie dieselbe abgelehnt hätten. Wer von der Stellung der preußischen Prinzen zu dem Haupt der Königlichen Familie und des Staates unterrichtet ist, weiß, daß eine solche Anschauungsweise von einer durchaus falschen Voraussetzung ausgeht. Eine Aufforderung von höchster-Stelle aus an die Königlichen Prinzen könnte nicht ergangen sein, ohne daß ihr Folge geleistet geleistet würde. Es ist aber eine solche Aufforderung gar nicht erfolgt. Für dergleichen Pläne, wenn sie irgendwo angeregt sein sollten, dürfte der gegenwärtige Zeitpunkt noch nicht angemessen erscheinen, was jedoch nicht ausschließt, daß dieselben in Zukunft und unter anderen Verhältnissen zur Ausführung kommen können.

— (N. A. Z.) Was die Stellung der Regierung zu dem vom Abgeordnetenhause in der Dotations-Angelegenheit eingeschlagenen Verfahren betrifft, so hat dieselbe die Art der geschäftlichen Behandlung, welche von dem Hause in Hinsicht auf den bezüglichen Gesetzentwurf beliebt worden, allerdings nicht gerade wünschenswerth finden können; eine schnellere Erledigung würde ihr willkommen gewesen sein, weil eine solche der Würde des ganzen Gegenstandes angemessener gewesen wäre; aber in Bezug auf die Form des Verfahrens hat sie mit jedem Tadel zurückgehalten, weil zu hoffen steht, daß die Frage in der Kommission zu einer Verständigung führen und daß auch das Haus auf diese eingehen wird. Die Regierung ist, wie wir hören, entschlossen, vertrauensvoll die Namen derjenigen Männer zu bezeichnen, für welche eine Belohnung von Sr. Majestät dem Könige in Anspruch genommen wird. Richtig sind übrigens in der Beziehung die Angaben der Zeitungen, daß es ursprünglich die Absicht gewesen, die Belohnung nicht bloß auf die Heerführer zu beschränken, sondern auch auf Staatsmänner auszudehnen, daß aber auf den Wunsch des Grafen Bismarck die Beschränkung auf die Heerführer erfolgt ist. Dem Vernehmen nach dürften übrigens die Mittheilungen, welche die Regierung in der Kommission zu machen beabsichtigt, den Beweis liefern, daß alle anderen bisher von verschiedenen Blättern aufgestellten Vermuthungen in Bezug auf die Personen nach jeder Richtung hin ungenau sind.

Das Gesammt-Präsidium des Abgeordnetenhauses wird der „C. St. A." zufolge bei der Berathung des Etats für das Abgeordnetenhaus den Antrag stellen, die Regierung durch eine Resolution aufzufordern, schon im nächsten Jahre mit dem Bau eines neuen Abgeordnetenhauses zu beginnen. In den Motiven soll namentlich auf die gesundheitsgefährliche Beschaffenheit des jetzigen Gebäudes hingewiesen sein.

— In neuerer Zeit sind dem Königlichen Kriegs-Ministerium vielfach Zündspiegel zur Verwendung für Zündnadelgewehre zum Ankauf angeboten worden, deren Zusammensetzung angeblich auf neuen Erfindungen beruhen sollte. Bekanntlich ist die Komposition der beim preußischen Zündnadelgewehr gebrauchten Zündmasse noch Geheimniß, nicht aber überhaupt die Herstellung von Zündpillen, welche durch einen Stich explodiren. Es existiren vielmehr mehrere Fabriken, welche sich nur mit Herstellung derartiger Fabrikate für militärische und Privatzwecke beschäftigen. Diese Fabrikate sind der Behörde nicht fremd geblieben, und die ihr gemachten Anerbietungen stellen sehr häufig bereits Bekanntes oder zum großen Theil nur sehr Mittelmäßiges in Aussicht. Das Königliche Kriegs-Ministerium kann daher jenen Anerbietungen, die durch ihre vielfache Wiederholung belästigend werden, gewöhnlich keine geschäftliche Folge geben.

— Der Plan, eine Filiale der preußischen Bank in Frankfurt a. M. zu errichten, ist nach den Informationen der „B.- u. H.-Z." noch keineswegs aufgegeben. Bei dem gegenwärtigen Stande der Geldverhältnisse allerdings erscheint die Ausführung nicht thunlich. Der Diskonto der preußischen Bank ist $4\frac{1}{2}$ pCt., während die Frankfurter Bank mit $3\frac{1}{2}$ pCt. zu diskontiren im Stande ist, und im Privatverkehr in Frankfurt Primawechsel sogar mit $2\frac{3}{4}$ zu begeben sind. Unter solchen Umständen könnte natürlich, wie das genannte Blatt meint, die preußische Bank in Frankfurt jetzt nicht konkurriren.

— Der Sanitätsrath Dr. Struck, welcher aus Frankfurt a. M. hier eingetroffen ist, hat sich, wie man hört, zum Minister-Präsidenten Grafen Bismarck begeben, und wird Ende der Woche in dessen Begleitung nach Berlin zurückkehren.

— Der diplomatische, sowie der militärische preußische Bevollmächtigte in der Kommission zur Ausführung des preußisch-sächsischen Friedensvertrages, Landrath v. Wurmb, der jetzt als interimistischer Chargé d'affaires in Dresden fungirt, und der Major v. Leszczynsky, welche, wie schon gemeldet, dieser Tage hierher gekommen sind, um weitere Informationen für die Verhandlungen einzuholen, sollen in Dresden auf Ansprüche gestoßen sein, welche nach preußischer Anschauung mit dem Geiste des Friedensvertrages und dem Wesen des norddeutschen Bundes nicht vollständig in Einklang zu bringen sind.

— Für den Geh. Medizinal-Rath Professor Dr. v. Gräfe ist in der Charité eine zweite Klinik für Augenheilkunde errichtet worden.

— Die als Agitationsmittel benutzte Behauptung, als ob sich die Steuerlast der neuerworbenen Länder durch ihre Verbindung mit Preußen erheblich steigern würde, wird sich, wie wir zu unserer Befriedigung hören, als durchaus unbegründet erweisen, namentlich darf dies in Betreff Hannovers schon heute als feststehend angenommen werden.

— Es wurde bereits gemeldet, daß sich hier ein demokratisches Wahlkomité für die Wahlen zum norddeutschen Reichstag gebildet und einen Aufruf erlassen habe. Jetzt werden die Namen der Unterzeichner vollständig bekannt. Es sind die Herren: v. Arnim-Gerswalde. v. Bockum-Dolffs. Franz Duncker. Dr. G. Eberty, Stadtgerichtsrath. Alex. Elster. Dr. Jul. Faucher. Dr. Göschen, Sanitätsrath. Haacke, Regierungsrath a. D. Adolf Hagen, Stadtrath. Halske. J. v. Hennig. Heyl sed. Holdheim, Redakteur. J. Hoppe. Dr. Holthoff, Sanitätsrath. Dr. Kalau von dem Hofe. Kerst, Geheimer Regierungsrath z. D. Kochhann. Dr. Langerhans. Lasker, Gerichts-Assessor. Dr. Lette, Präsident. Lewald, Rechtsanwalt. Dr. Lewinstein, Redakteur. Dr. W. Löwe-Calbe. v. Meibom, Justizrath a. D. Dr. Meyen, Redakteur. Otto Michaelis, Redakteur. G. Müller, Konsul. Dr. H. B. Oppenheim. L. Parisius-Gardelegen. R. Parrisius, Kreisgerichtsrath a. D. Prince-Smith. L. Reichenheim, Kommerzienrath. Dr. Rieß. Richter, Prediger zu Marienfelde. H. Runge, Stadtrath. Schemionek, Kommerzienrath. Schroeder, Staatsanwalt z. D. Schulze-Delitzsch, Kreisrichter a. D. Dr. Siemens. Soltmann, Stadtrath. v. Unruh, Regierungsrath a. D. Baron v. Vaerst. v. Valentini. Dr. Rud. Virchow, Professor. Vogler, Justizrath. Dr. M. Wiesenthal.

— Die französische Regierung hat, der „Köln. Z." zufolge, den Handelsreisenden aus dem Zollverein die Befugniß ertheilt, fortan aufgekaufte Waaren, behufs deren Beförderung nach dem Bestimmungsorte, mit sich zu führen. In Belgien und den Niederlanden ist dies den vereinsländischen Handlungsreisenden schon seit längerer Zeit gestattet.

— Aus dem Landwehrverhältniß sind, wie die „Spen. Ztg." meldet, kürzlich viele Offiziere auf ihren Antrag in das stehende Heer versetzt und den neuen Truppentheilen zugetheilt worden. Die Offizierkorps der letzteren sollen in Folge höherer Anordnung möglichst komplet hergestellt werden.

— Das Königliche Landes-Oekonomie-Kollegium hat in Folge der Anträge von Brennereibesitzern in Bezug auf die Anwendung der bestehenden Vorschriften über die Besteuerung des Branntweins den Erlaß theils erläuternder, theils erleichternder Bestimmungen in Anregung gebracht. Der Finanz-Minister hat daraufhin, wie die „Köln. Z." meldet, die Provinzial-Steuer-Direktoren mit Anweisung versehen lassen, im Ganzen aber an dem bisherigen Verfahren nichts Wesentliches verändert und die mit dem Gesetze in Einklang stehenden Erleichterungen eintreten lassen.

— Die Tages-Ordnung für die nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses lautet: „Tages-Ordnung für die Vorberathung im ganzen Hause am Mittwoch, den 21. November 1866, Vormittags 10 Uhr. Entwurf des Staatshaushalts-Etats für das Jahr 1867. A. Allgemeine Gesichtspunkte. B. Spezial-Berathung. 1. Zuschuß zur Rente des Kronfideikommißfonds. Haupt-Etat, Kapitel 26. Seite 50. 2. Oeffentliche Schuld. Haupt-Etat, Kapitel 27. Tit. 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9. Seite 50. Band II. der Anlagen zum Staatshaushalts-Etat. Nr. 1. Seite 1 bis 57. 3. Herrenhaus. Haupt-Etat, Kapitel 28. Seite 50. Band II. der Anlagen zum Staatshaushalts-Etats. Nr. 2. Seite 2 bis 7. Kommissarius der Staats-Regierung: Geheimer Regierungs-Rath v. Wolff. 4. Haus der Abgeordneten. Haupt-Etat, Kapitel 29. Seite 50. Band II. der Anlagen zum Staatshaushalts-Etat. Nr. 2. Seite 10 bis 15. Kommissarius der Staats-Regierung: Geheimer Regierungs-Rath v. Wolff. 5. Büreau des Staats-Ministeriums. Haupt-Etat, Kapitel 30. Titel 1, 2, 3, 4, 5, 6. Seite 50. Band II. der Anlagen zum Staatshaushalts-Etat. Nr. 3. Seite 2 und 3. Kommissarius der Staats-Regierung: Geheimer Regierungs-Rath Wagener."

— Staatshaushalts-Etat. — (Schluß aus dem heutigen Morgenblatte.) — Haupt-Etat. — Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten: Einnahmen 107,207 Rt. oder 3136 Rt. mehr als 1866. Ausgaben 4,599,610 Rt. oder 287,808 Rt. mehr als 1866, darunter 445,768 Rt. für Elementarschulen, d. h. 201,735 Rt. mehr als 1866, und außerordentliche Ausgaben außerdem 570,482 Rt. oder 130,167 Thlr. mehr als 1866. Hierunter befinden sich: 4000 Rt. zur Vertretung des Volksschulwesens bei der Pariser Ausstellung 1867, 23,570 Rt. zur Erneuerung des Mauerputzes und Daches des älteren Museums in Berlin, 150,000 Rt. zweite Rate für die Nationalgalerie in Berlin 2c.

Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten: Einnahme 13,810 Rt. oder 1235 Rt. mehr als 1866. Ausgaben 1,068,680 Rt. oder 95,395 Thlr. mehr als 1866 und 113,000 Rt. zu außerordentlichen Ausgaben, d. h. 103,000 Rt. mehr als 1866; hierunter sind 28,000 Rt. zum Ankauf eines Gesandtschaftshotels in Washington, 25,000 Rt. Einrichtungen im Pariser Botschaftshause; — 10,650 Rt. sind angesetzt zur Verstärkung des Beamten-Personals im Ministerium, 8000 Rt. für einen Gesandten in Oldenburg, Braunschweig, Lippe 2c. 2c., 6000 Rt. für einen Konsul in Moskau, 12,000 Rt. Dotation für das General-Konsulat in Newyork, 120,500 Rt. zu Besoldungs-Verbesserungen. — Oeffentliche Schuld. Die verzinslichen Staatsschulden betrugen 1866 264,978,079 Rt. 26 Sgr. 7 ₰; sie haben sich um 6,198,594 Rt. vermindert und betragen pro 1867: 258,779,485 Rt., hierzu unverzinsliche: 15,842,347 Rt., so daß die gesammte Staatsschuld sich auf 274,621,832 Rt. beläuft. Die Ausgabe für dieselben beträgt 16,321,100 Rt. oder 11,600 Rt. weniger als 1866, davon für Verzinsung einschließlich 4,017,021 Rt., für Eisenbahnschulden 10,614,471 Rt.. 248,460 Rt. weniger als 1866, Tilgung einschließlich 1,196,607 Rt. für Eisenbahnschulden, 5,188,898 Rt. mehr als 1866; Renten 428,968 Rt. oder 1322 Rt.. weniger als 1866. — Für das Herrenhaus sind 40,000 Rt., für das Abgeordnetenhaus 200,000 Rt. angesetzt, die je 2 Registratoren in beiden Häusern sollen 1200 Rt. Gehalt jeder erhalten.

Kriegsministerium. Einnahmen 1,113,191 Rt. oder 102,096 Rt. mehr als 1866. Ausgaben, fortdauernde: 11,574,348 Rt. oder 737,969 Rt. mehr als 1866, einmalige und außerordentliche: 2,497,131 Rt. oder 571,531 Rt. mehr als 1866. Die Mehrausgaben sind veranlaßt 1) durch die nothwendige Erweiterung des Generalstabs von 117,500 Rt. auf 141,220 Rt.; 2) durch die Errichtung der 5. Eskadrons bei denjenigen 40 Kavallerie-Regimentern, welche bisher nur zu 4 Eskadrons formirt waren; 3) durch die Solderhöhung der Mannschaften um 6 ₰ pro Kopf und Tag auf 3 Vierteljahr vom 1. April 1867 ab; 4) durch die Erhöhung des Etats der Trainbataillone; 5) durch den Wegfall der Manquements der Oekonomie-Handwerker bei sämmtlichen Truppen; 6) durch den Mehrbedarf zu Invaliden-Pensionen, Unterstützungen u. s. w. Ersparnisse sind eingetreten 1) durch den Wegfall der beiden Reserve-Pionier-Kompagnien; 2) durch Ermäßigung der Kopfstärke bei sämmtlichen Kavallerie-Regimentern; 3) durch frühere Entlassung der Reserven; 4) durch Ausfall der Landwehr-Uebungen und Beschränkung der Truppen-Uebungen. — Für Pensionen an Offiziere, Beamte, Invaliden sind 4,134,526 Rt. oder 211,424 Rt. mehr als 1866, für Wittwen- und Erziehungsgelder 176,427 Rt. oder 44,000 Rt. mehr als 1866 bestimmt. Unter den außerordentlichen Ausgaben befinden sich; 100,000 Rt. für den Ankauf eines Bauplatzes für ein neues Generalstabsgebäude in Berlin, 200,000 Rt. zum Bau von Kasernen in Breslau, Mehrkosten des Baues eines bombensicheren Magazins und der Kriegsbäckerei in Cöln mit 14,600 Rt., Artilleriewerkstatt-Etablissements in Spandau 300,000 Rt., Bau eines defensiven Friedens-Pulvermagazins auf dem Vorterrain in Deutz 15.000 Rt., zur Fortsetzung des Festungsbaues in Königsberg 300,000 Rt., der Feste Boyen 30,000 Rt., zum Umbau und Verstärkung von Festungen 400,000 Rt., d. h. 278,000 Rt. mehr als pro 1866, zur Befestigung der Ostseeküsten 100,000 Rt., zum Retablissement der Citadelle von Memel 40,000 Rt. Marineministerium. Einnahmen 44,204 Rt. Ausgaben fortlaufende: 1,836,637 Rt. oder 260,744 Rt. mehr als pro 1866; außerordentliche: 6,623,000 Rt. oder 5,036,250 Rt. mehr als 1866; darunter für die Herstellung des Kriegshafens an der Nordsee 1,543,000 Rt. oder 872,000 Rt. mehr als 1866; zur Beschaffung von Kriegsschiffen 200,000 Rt. oder $\frac{1}{2}$ Million weniger als 1866, für den Hafen von Kiel $\frac{1}{2}$ Million, zur Bezahlung von zwei Panzerfregatten und deren Armirung nebst Munition, sowie zur Beschaffung einer dritten Panzerfregatte 4,120,000 Rt.

Staatsministerium: Ausgaben 78,750 Rt. für das Bureau, darunter 31,000 Rt. für allgemeine politische Zwecke; Staatsarchive 21,875 Rt. Ausgaben: General-Ordenskommission 116,600 Rt. Ausgaben, darunter 12,000 Rt. mehr als pro 1866 für Ehrensold der Inhaber des Eisernen Kreuzes; Geheimes Civilkabinet 20,600 Rt. Ausgaben, d. h. 2300 Rt. mehr als 1866, Ober-Rechnungskammer 129,240 Rt. oder 2500 Rt. mehr als 1866. Ober-Examinations-Kommisson für die Prüfung zu höheren Verwaltungsämtern 970 Rt., Disziplinarhof 1240 Rt., Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenz-Konflikte 2400 Rt. Summa aller Ausgaben für das Staatsministerium 369,675 Rt. oder 18,440 Rt. mehr als 1866. — Zu erwähnen ist noch: Die Allgemeine Wittwen-Verpflegungsanstalt erhält einen Zuschuß von 717,000 Rt., die Pensionen für Civilbeamte betragen 2,100,000 Rt. oder 20,000 Rt. mehr als 1866, an Wartegelder für Beamte werden 59,152 Rt. bezahl. Zu Besoldungsverbesserungen sind 1,030,200 Rt. bestimmt und zwar 980,000 Rt. für Unterbeamte, 50,200 Rt. für höhere Beamte.

Dortmund, 19. November. Für die Schwerverwundeten des Kreises Dortmund und für die Hinterlassenen der im Kriege gebliebenen Kreisinsassen ist durch die Bemühungen des Landraths Frhrn. v. Rynsch eine Kreisstiftung ins Leben gerufen, welche bereits 10,000 Thlr. besitzt, aber aller Vermuthung nach auf ein Kapital von 14,000 Thlr. anwachsen wird. Es wird aus demselben in der Folge wahrscheinlich jedem Schwerverwundeten und jeder Wittwe eines Gebliebenen ein jährlicher Zuschuß von 50 Thlrn. zu der aus Staatsmitteln gewährten Unterstützung bewilligt werden können. (Nachahmungswerth für andere bemittelte Kreise.)

Ausland.

Wien, 18. November. An der Redigirung des Reskripts an den ungarischen Landtag soll sich auch Herr v. Beust in hervorragender Weise betheiligt haben. Es ist demselben daher nur ein besserer Erfolg zu wünschen, als den früheren diplomatischen Noten unseres gegenwärtigen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten. Der Vorgänger Herrn v. Beust's, Graf Mensdorff, soll nächstens wieder zu einer hervorragenden Stellung berufen werden, indem er zum ersten General-Adjutanten des Kaisers designirt sein soll. Graf Creneville soll es nicht über sich gewinnen können, sich mit den neuesten Aenderungen im Kabinet zu befreunden, und da er den neuen Minister des Kaiserlichen Hauses nicht aus dem Sattel zu heben vermag, will er demselben das Feld vollständig räumen.

Petersburg, 19. November. Ein heute publizirter Kaiserlicher Befehl ermächtigt den Finanzminister, Behufs Garantirung der von der Staatskasse im Auslande zu leistenden Zahlungen und Deckung besonderer Schuldverpflichtungen, mit den Häusern Hope u. Comp. in Amsterdam und Baring Brothers in London ein fünfprozentiges Anlehen im Betrage von 70,800,000 fl. (6 Millionen Pfd. St.) abzuschließen. Die Amortisation mit 1 pCt. beginnt am 1. Oktober 1868 und finden jährliche Verloosungen statt. Die Anleihe wird in 37 Jahren zurückgezahlt sein.

⊙ **Aus Wilna,** 14. November. Vor etwa drei Monaten wurde hier ein Reisender, ein Weinkaufmann aus Heidingsfeld, der auf einer eiligen Reise nach Petersburg begriffen war, angehalten und ihm seine Papiere abgenommen. Er erhielt zwar nach einigen Tagen diese wieder zurück und wurde ihm die Abreise gestattet; allein für sein Geschäft war der ohne jeden Grund ihm

veranlaßte Aufenthalt insofern störend, als er einem Manne, mit dem er in Petersburg zusammentreffen sollte, wo dieser drei Tage vergeblich auf ihn gewartet hatte und dann nach Moskau gereist war, nun dorthin nachreisen mußte. — Durch den mehrtägigen unnöthigen Aufenthalt hier, so wie durch die ebenfalls vordem unnöthig gewesene Reise nach Moskau hat der Betroffene einen Mehraufwand von 280 Rubel gehabt; was aber noch mehr: er hat dadurch, daß er nicht zur rechten Zeit in Petersburg eintraf, einen juristisch festgestellten Verlust von 1560 Rubeln erlitten, so daß ihm, abgerechnet die unnütz verlorne Zeit, ein Schaden von 1940 Rubel S. verursacht worden ist, ohne daß er gewußt oder man ihm irgend nur gesagt hat, — warum dies Alles geschehen sei. — Er ist in Petersburg vorstellig geworden, und erhielt vor Kurzem, nachdem seine Nachweisungen sich als begründet erwiesen, den Bescheid, daß Anweisung gegeben worden, ihn zu entschädigen resp. ihm die liquidirte Summe von 1940 Rubel S. zu erstatten. — Nun war aber inzwischen das Regime geändert und gerade die Beamten, welche wegen der gegen ihn begangenen Verschuldung heranzuziehen waren, sind zum größten Theile entlassen oder versetzt worden; da also auf eine Realisirung des für den Kläger günstigen Erlasses nicht zu rechnen war, reiste derselbe abermals nach Petersburg, wo ihm denn der Bescheid auf Betreibung seiner Sache geworden, daß diese bis Januar erledigt oder der liquidirte Entschädigungs-Betrag aus einer der hiesigen Verwaltungskassen bezahlt werden würde. — Man ist auf das Resultat hier neugierig, da eine Ermittelung des eigentlichen Verschulders jetzt sehr schwer, wenn nicht ganz unerreichbar sein dürfte, und also nur die Staatskasse die Entschädigung zahlen könne.

Pommern.

Stettin, 21. November. Am Sonnabend, den 17 d. M., war im Knoppschen Saale ein Gesellschaftsball, an welchem sich auch der Schlossergeselle K. vom Vulkan und der Grenadier E. betheiligten. Beide verließen zwischen 9 und 10 Uhr Abends den Saal, um zusammen nach Hause zu gehen, obgleich sie vorher in Streit gewesen, sich indessen wieder vertragen hatten. E. kehrte jedoch bald wieder in den Saal zurück und bemerkte man bei ihm jetzt mehr Geld als er vorher gehabt. Am Montage hat nun der K. die Anzeige gemacht, daß er in der Nähe des Kirchhofes von seinem Begleiter E. angefallen und durch mehrere Faustschläge in's Gesicht betäubt niedergeworfen sei. Als er nach längerer Zeit wieder zu sich gekommen, vermißte er aus seiner Hosentasche etwa sieben Thaler Courant und beschuldigt daher den E. des Straßenraubes.

— In der 3. Abtheilung des 3. Wahlbezirks wurde heute Hr. Instrumentenmacher Weiher mit 66 Stimmen zum Stadtverordneten gewählt. Hr. Dr. Amelung erhielt 29 Stimmen.

— (Stadtverordneten-Sitzung am 20. November.) Das Magistrats-Kollegium war in der heutigen Sitzung wieder recht zahlreich vertreten und zwar durch die Herren Oberbürgermeister Hering und die Stadträthe Sternberg, Hempel, Hobrecht, Hoffmann, Balsam, Weichardt und Schür. — Das Provinzial-Schul-Kollegium hat nunmehr die Wahl des Dr. Wolff als Mitglied der Stadt-Schul-Deputation bestätigt. — In einem vorgelesenen Schreiben des Bürgermeisters Schallehn spricht derselbe der Versammlung seinen innigsten Dank für die ihm mittelst Schreibens vom 13. November c. gewordene Anerkennung aus. — Der zum Vorsteher des Oderbezirks in Vorschlag gebrachte Kaufmann Welitz bittet unter Beifügung eines ärztlichen Attestes, ihm dies Amt nicht zu übertragen; dessenungeachtet erfolgt seine definitive Wahl. — Bei der Wahl eines Stellvertreters des Vorsitzenden erhält Hr. Dr. Amelung 25, Hr. Rahm 18, Hr. Kreich 1 und Hr. Pitzschky 1 Stimme. Hr. Dr. Amelung nimmt die Wahl dankend an. — Hr. Dr. Sievert referirt Namens der betreffenden Kommission über die bisher wegen Errichtung eines zweiten Gymnasiums gepflogenen Verhandlungen. Im Jahre 1805 wurde in Folge Königl. Kabinets-Ordre das Raths-Lyceum mit dem Königl. Gymnasium zu einem einzigen Gymnasium vereinigt und beansprucht jetzt das Marienstift Behufs Lösung des Compatronats nicht blos das ihm vom Magistrat offerirte jetzige Gymnasialgebäude, sondern auch die darin befindliche Bibliothek, sowie sämmtliche Apparate 2c. und soll die Auseinandersetzung wegen der milden Stiftungen und Legate durch Schiedsrichter erfolgen. Die Majorität der Kommission hatte vorgeschlagen, dem Compatronat ein Ende zu machen und den Magistrat zu ersuchen, der Versammlung 1, die Stiftungs-Urkunde des Marienstifts, 2, ein Gutachten des Syndikus über die Rechtsverhältnisse zwischen diesem Stift und der Stadt, 3, eine Darstellung des Vermögens des Gymnasiums und aller bei demselben betheiligten Institute vorzulegen. Dieser Kommissions-Antrag war, wie bekannt, von der Versammlung am 10. Juli d. J. zum Beschluß erhoben und hatte der Magistrat darauf erwidert, daß er, bevor er die verlangten, sehr umfangreichen Arbeiten ausführe, zunächst eine bestimmte Erklärung der Versammlung darüber wünschen müsse, ob dieselbe die Gründung eines zweiten Gymnasiums auch für ein dringendes Bedürfniß anerkenne. Die Kommission hat sich nun, besonders mit Rücksicht darauf, daß seit 30 Jahren die Schülerzahl nur in den unteren Klassen bis zur Sekunda, nicht aber in der Prima zugenommen, dafür entschieden, der Versammlung vorzuschlagen, für jetzt nur die Errichtung eines Progymnasiums zu beantragen, zugleich aber den Magistrat um die ad 1 bis 3 erwähnten Vorlagen wiederholt zu ersuchen. Herr Thiessen hält die Aufrechterhaltung des Kompatronatsrechts für zweckmäßig, wünscht aber nicht ein Pro-Gymnasium, sondern eine Realschule 2. Ordnung, da die Errichtung einer solchen größere Freiheit gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen gewähre. Herr Dr. Wolff ist ebenfalls für eine Real-Lehranstalt, glaubt daß die Verhandlungen wegen Errichtung eines Pro-Gymnasiums mindestens 5 Jahre in Anspruch nehmen würden, während welcher Zeit die Zustände geradezu unerträglich werden müßten. Um aber die Bedürfnisse der hiesigen Bürgerschaft zu befriedigen, wäre die sofortige Gründung von zwei Lehranstalten nöthig und stellt Redner schließlich den Antrag: vorläufig ein Pro-Gymnasium und zugleich eine Real-Lehranstalt zu errichten. Herr Prof. Schmidt erklärt sich, da das, was eine Realschule leistet, auch ein Gymnasium leistet, für Gründung eines Gymnasiums. Herr Dr. Zachariae hält dafür, daß heute noch nicht erörtert werden könne, ob zwei neue Schulen zu errichten. Herr Calebow macht darauf aufmerksam, daß das jetzige Gymnasialgebäude durch Anbauten um 8 Klassen vergrößert werden könne. Herr Haker konstatirt, daß nach seiner Erfahrung die Schüler eines Gymnasiums fürs praktische Leben besser ausgebildet wären, als diejenigen einer Realschule und befürwortet die Gründung eines Gymnasiums und einer Realschule erster Ordnung. Herr Schulrath Balsam erklärt, daß die Errichtung eines Pro-Gymnasiums große Verlegenheit bereiten würde und daß die schnellste Abhülfe der jetzigen Uebelstände durch eine Realschule zu erreichen sei. Herr Töpfer hält dafür, daß sich die Schüler die für die hiesige Industrie nöthigen Kenntnisse in kürzerer Zeit in einer Realschule als in einem Gymnasium erwerben können. Dagegen erklärt aber Herr Th. H. Schröder, daß er und seine Kompagnons, nach 29jähriger Erfahrung, stets die Schüler aus einem Gymnasium in ihrer Auffassungsgabe wesentlich gereifter befunden hätten als diejenigen aus einer Realschule und daß daher schon seit Jahren in seinem Geschäfte nur Lehrlinge angenommen würden, welche eine Gymnasialbildung erhalten. Herr Thiessen meint, daß in der Regel die besten Köpfe von ihren Eltern aufs Gymnasium und die unfähigeren zur Realschule geschickt würden. Nach einige Bemerkungen der Herren Prof. Schmidt, Dr. Zachariae und Dr. Sievert wird zuerst mit Bezug auf den Antrag des Herrn Thiessen über die Frage abgestimmt: ob Realschule oder Progymnasium? Die Versammlung erklärt sich mit 25 gegen 22 Stimmen für ein Progymnasium, tritt sodann mit großer Majorität dem Antrage ihrer Kommission, alle Beschlüsse vom 10. Juli c. (die vom Magistrat verlangten Vorlagen) aufrecht zu erhalten, bei und acceptirt schließlich das Amendement des Dr. Wolff, auf Errichtung einer Reallehranstalt. — Für die Vertretung mehrerer erkrankter Lehrer der Ottoschule werden von Michaelis d. J. ab wöchentlich fünf Thaler bewilligt; ebenso die Mehrkosten für den Bau des Försterei-Etablissements in Kratzwiek mit 439 Thlr. 2 Sgr. 6 Pf. — Die Rechnungsabnahme-Kommission beantragt, den Magistrat zu ersuchen, die noch immer in der Kämmerei-Kasse vorkommenden großen Bestände auf laufendes Konto bei den hiesigen Banken anzulegen und die Asservaten ganz zu vermeiden, dieselben vielmehr gleich zu vereinnahmen. Ungeachtet der Erläuterungen des Herrn Kämmeres, Stadtrath Hoffmann, erfolgt die Zustimmung zu diesen Anträgen. — Zu der Verpachtung des Abtriebes der Korbweidenplantage für nur 635 Thlr. 26 Sgr. wird der Zuschlag ertheilt. — Zur Verbesserung des Nachtwachwesens in den Außenbezirken, namentlich in der Ober- und Unterwiek und in Grünhof, sollen nach dem Vorschlage des Branddirektors Bock dort Doppelwächter angestellt und Wachtlokale errichtet werden. Die dazu erforderlichen jährlichen Kosten von 865 Thlr. 20 Sgr. 6 Pf. werden ebenso wie die einmaligen Kosten der Einrichtung von 503 Thlrn. bewilligt. — Die der Rechnungsabnahme-Kommission vorliegende Kämmereikassen-Rechnung pro 1865 ist nicht nach dem von der Versammlung genehmigten Etatsentwurf aufgestellt, namentlich sind darin nicht die Einnahmen und Ausgaben gegenüber, sondern hinter einander aufgeführt und auch nicht, wie gewünscht, in Ordinarium und Extraordinarium gesondert. Die Kommission hat, um nicht die ganze Rechnung an den Magistrat zurückzuweisen, eine Zusammenstellung derjenigen Posten ausgearbeitet, die nach dem Etat auf einer anderen Stelle berechnet werden sollten und beantragt nun, den Magistrat zu ersuchen, die Rechnung pro 1865 nach den Anträgen der Kommission abzuändern und dieser Rechnung jene Zusammenstellung beizufügen. Nach einem längeren Vortrage des Herrn Kämmeres, Stadtrath Hoffmann, in welchem derselbe ausführt, daß es zweckmäßiger sei, nach dem Wunsche des Magistrats nur laufende und einmalige Ausgaben zu unterscheiden, als nach dem Prinzip der Kommission eine Umwandlung des Vermögens vorzunehmen, und nach einigen Bemerkungen der Herren Thiessen, Dr. Amelung und Dr. Wolff wird der Antrag der Kommission angenommen. — Ein Gesuch des Bürgervereins, betreffend die Aufhebung des Leichen-Reglements vom 24. August 1806, die Ablösung der Stolgebühren über das Eingehen des Armen-Kirchhofs, geht, nachdem Herr Müller mitgetheilt, daß dies für den Magistrat bestimmte Gesuch, der Versammlung nur abschriftlich zur Kenntnißnahme mitgetheilt sei, zu den Akten.

Stadt-Theater.

⊙ Stettin, 21. November. Ueber das an und für sich sehr anerkennungswerthe Bemühen der Theater-Direktion, eine entsprechende dramatische Primadonna zu gewinnen, scheint ein ungünstiges Gestirn zu walten. Kaum daß wir gezwungen waren, unsere Bedenken gegen die Acquisition der Frau Roll-Mayerhöfer auszusprechen, sind wir leider in der unangenehmen Lage, auch über Frl. Conradi vom Stadttheater in Würzburg, welche gestern in der „Donna Anna" debütirte, uns in nicht überall günstiger Weise zu äußern. Resumiren wir von vorn herein unser Urtheil, wie es sich durch den empfangenen Eindruck herausgebildet hat, so sind wir veranlaßt zu sagen: Die Sängerin entspricht nicht mehr und nicht minder den „bescheidenen" Anforderungen, welche man im „gewöhnlichen" Lauf des Lebens und dem „duldsamen" Herkommen gemäß an „brauchbare" Mitglieder von Provinzialbühnen zu stellen pflegt. Die Stimme des Frl. Conradi ist ein kräftiger, ausgiebiger Sopran, dem es leider nur an dem fehlt, was gerade einer jeden Stimme, mag sie künstlerisch und durch die strenge Schule mehr oder minder entwickelt sein, die rechte Weihe, das wahrhaft Anziehende und zauberisch Fesselnde verleiht, — es fehlt das Sympatisch-Seelenvolle, der Adel, die Noblesse des Tones. Während in der Höhe die Gesangstöne des Frl. Conradi nicht selten etwas Schreiendes und Schmetterndes haben, so mischt sich fast überall in die tiefere Lage der Stimme ein unangenehm berührender Kehlton, welcher in einer verfehlten Tonbildung (darauf deuten auch die unschöne Mundstellung und die sehr bedenklichen Falten hin, welche der untere Theil der Wangen und das Kinn werfen) seinen Sitz und Ursprung haben dürfte. Auch hinsichtlich der Reinheit der Intonation bleibt noch Manches zu wünschen übrig, wennngleich wir gern anerkennen, daß hierbei im Allgemeinen weniger gefehlt wurde, daß vielmehr die Stimme in Höhe und Tiefe leicht, bestimmt und ohne Mühe anzusprechen scheint. Die Koloratur wurde, namentlich in dem Racheduett des 1. Aktes förmlich herausgeschleudert und „überkollerte" (sit venia verbo!) sich gleichsam selbst. In der „Brief-Arie" gelangte Frl. Conradi zu einem succés d'estime.

Die „Elvira" gehört zu den vorzüglichsten Leistungen des Frl. Koudelka und wurde auch gestern durch den warmen Beifall des Publikums und durch Hervorruf bei offener Scene ausgezeichnet. Aufgefallen ist es uns, wie die denkende Darstellerin in der Bilderscene des 1. Aktes den platten Unverschämtheiten des „Leporello" irgend welche Aufmerksamkeit schenken kann. Das darf sie nicht. Durch die ganze Scene hindurch müssen die plumpen Späße des seines Herrn würdigen Dieners an dem (von Mozart gewollten und musikalisch so treffend gezeichneten) reinen und echt weiblichen Adel ihrer Seele abgleiten, — in Trauer und Schmerz versunken, darf sie für dieselben kein Auge, kein Ohr haben. Freilich wäre ihr in scenischer Beziehung wohl eine angenehmere Situation zu wünschen, als jener unglückselige schmale Ruhesitz, der nur darum in der Welt und auf der Scene vorhandn zu sein scheint, damit die arme Elwira in möglichst gezwungener Haltung sich von dem kecken Diener und Spießgesellen Don Juans beschimpfen und verhöhnen lasse. Auch Frl. Koudelka muß übrigens noch recht sorgsam darauf bedacht sein, überall und stets einer „reinen Intonation" das ihr gebührende Recht widerfahren zu lassen, und je mehr und mehr sich ihrer zaghaften Blicke nach dem Dirigenten-Pulte und den einhelfenden Winken des Kapellmeisters zu entschlagen. Gewinnt sie dies über sich, so wird und muß Gesang und Spiel noch ungleich mehr an Freiheit und Sicherheit gewinnen, und sie wird, was wir ihrem Verdienste wünschen, immer sicherer der erklärte Liebling des Publikums werden.

Der „Octavio" des Herrn Bary steht hinter der „Elvira" der eben Genannten nicht zurück. Insbesondere wurde die große Arie des 1. Aktes unvergleichlich schön gesungen, wie sie denn auch mit allseitigem und anhaltendem Beifall aufgenommen wurde. Wolle nur Hr. Bary über den in köstlicher Reinheit und lebenswarmer Schönheit ausgeprägten lyrischen Toncharakter seiner Stimme niemals hinausgreifen: — innerhalb dieser Sphäre wird er mit seinen schönen Tonmitteln, bei seiner musterhaften Aussprache, wie mit seinem durchdachten Spiele jedes Mal reiche Erfolge erringen. — „Zerlinchen" (Frl. Walter) war allerliebst in ihrer äußeren Erscheinung, weniger allerliebst aber auf dem Gebiete des Gesanges. Wo, wie hier, eine leichtere Beweglichkeit des Spieles erforderlich ist, da strauchelt Frl. Walter nur gar zu oft über die bösen ihr im Wege liegenden Steine einer reinen Intonation; die Töne schweben meist nach unten. Und wie darf wohl das hübsche Mädchen singen: „Neun, neun, üch darf's nücht wagen!" Das ist ja der reine „Zwickauer" und klingt aus lieblichem Munde doppelt unschön. — Die Herren Hochheimer und Koller („Don Juan" und „Leporello") waren im Allgemeinen wohl verdienstvoll. Der Erstere ist bemüht, sein Spiel charakteristisch zu gestalten und von einer mit seinem gesammten Habitus im Zusammenhang stehenden Schwerfälligkeit zu emancipiren. Von dem „dämonischen" und „diabolischen" Elemente aber, welches in der Partie des „Don Juan" liegt, scheint Hr. Hochheimer noch keine Idee zu haben. Er wolle sich in dieser Beziehung durch die geistreiche und berühmte Skizze von E. T. A. Hoffmann eines Besseren belehren lassen. Auch seinem „Leporello" dürfte er ab und zu einige ernste Lectionen betreffs der Grenzen erlaubter Zukömmlichkeiten zu ertheilen haben. — Der Besuch des Theaters war leider wieder ein sehr unerfreulicher, da in allen Räumen sich weit klaffende Lücken zeigten. Auf den Höheplätzen, die man in volksthümlicher Weise nach den Sitzen zu benennen pflegt, auf denen dereinst die „olympischen" Götter thronten, erblickten wir eine außergewöhliche große Schaar von sehr jugendlichen — Kräften, und wurde in uns das leise Bedenken rege, daß es nicht „Mozarts Genius" sei, der diese muntere und animirte Gesellschaft dort oben versammelt habe.

Neueste Nachrichten.

München, 20. November. Die baierische Hypotheken- und Wechselbank hat den Diskont für Wechsel auf 4 und den Lombardzinsfuß auf 4½ pCt. herabgesetzt.

Innsbruck, 20. November. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde die Regierung dahin interpellirt, ob die in Wälschtyrol verbreiteten Gerüchte von einer Abtretung des Landes wahr seien und ob die Regierung entschlossen sei, jenen Gerüchten entschieden entgegenzutreten. Der Regierungskommissär bezeichnete solche Gerüchte auf das bestimmteste als grundlos und erklärte, daß die Regierung fest entschlossen sei, Südtyrol nicht abzutreten, vielmehr einer dahin zielenden Agitation in Wälschtyrol auf das energischste zu begegnen.

Schiffsberichte.

Swinemünde, 20. November, Nachmittags. Angekommene Schiffe: Hurrah, Dinse von Danzig. Wind: NW.

Börsen-Berichte.

Stettin, 21. November. Witterung: bewölkt. Temperatur Morgens 3° Kälte. Wind: W. Barometer: 27" 8"'.

An der Börse.

Weizen anfangs höher, schließt matter, loco pr. 85pfd. gelber 82 bis 85¼ Rt. bez., 83—85pfd. gelber November 85 Rt. bez., November-Dezember 84 Rt. bez. u. Br., Frühjahr 86, 85¾ Rt. bez., Br. u Gd.

Roggen loco pr. 2000 Pfd. nach Qualität 58—59½ Rt. bez., November 58½, 59¼, 58½ Rt. bez., 58 Br., November-Dezember 57, 58, 57½ Rt. bez., 57¼ Br., Frühjahr 56, 55¾ Rt. bez., 55½ Br., Dezember-Januar 56¾, 57¼ Rt. bez., 57 Gd., Mai-Juni 56, 55¾ Rt. bez. u. Br., Juni-Juli 57 Rt. Br., Juli 57½, 57 Rt. bez. u. Br.

Gerste, Hafer und Erbsen ohne Umsatz.

Rüböl still, loco $12\frac{5}{12}$ Rt. Br., November 12¼ Rt. Br., November-Dezember 12¼ Rt. Br., April-Mai 12½ Rt. bez., Br. u. Gd.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 17 Rt. bez., November $16\frac{5}{6}$ Rt. bez., November-Dezember 16⅓ Rt. Gd. u. Br., Frühjahr $16\frac{5}{6}$ Rt. bez. u. Br.

Angemeldet: 50 Wspl. Weizen, 200 Wspl. Roggen.

Landmarkt.

Weizen 76—86 Rt., Roggen 57—60 Rt., Gerste 46—50 Rt., Erbsen 56—62 Rt. per 25 Schffl., Hafer 28—30 Rt. per 26 Schffl., Stroh pr. Schock 6—8 Rt., Heu pr. Ctr. 15—25 Sgr.

Berlin, 21. November, 1 Uhr 57 Min. Nachmittags. Staatsschuldscheine 85 bez. Staats-Anleihe 4½ % 98¾ bez. Berlin-Stettiner Eisenbahn-Aktien 128½ bez. Stargard-Posener Eisenbahn-Aktien 93¼ bez. Oesterr. National-Anleihe 53 bez. Pomm. Pfandbriefe 89¾ bez. Oberschlesische Eisenbahn-Aktien 174 bez. Amerikaner 6% 75½ bez.

Roggen November 58¾, 58 bez., November-Dezember 58¼, 57¾ bez., Frühjahr 56½, 56 bez. Rüböl loco 12⅔ bez., November $12\frac{7}{12}$, $\frac{13}{24}$ bez., November-Dezember $12\frac{11}{24}$, $\frac{5}{12}$ bez., April-Mai 12½ bez. Spiritus loco $17\frac{7}{12}$ bez., November $17\frac{7}{12}$, ⅓ bez., November-Dezember 17⅛, 16⅞ bez., April-Mai $17\frac{13}{24}$, ⅓ bez.

Hamburg, 20. November. Getreidemarkt ziemlich lebhaft. Weizen und Roggen auf Termine 1—2 Rt. höher. Weizen pr. November-Dezember 5400 Pfd. netto 155 Bankothaler Br., 153 Gd., pr. Dezember-Januar 151 Br., 150 Gd. Roggen ab Danzig pr. April-Mai zu 82—83 bez., 83—84 offerirt. Per November-Dezember 5000 Pfd. Brutto 93 Br., 92 Gd., pr. Dezember-Januar 93 Br., 92 Gd. Oel, Inhaber hielten fester, loco 26½, pr. Mai 27¾ Br., 27½ Gd. Kaffee angenehmer. Zink 3000 Ctr. loco, 1000 Ctr. Dezember-Januar 13 Mk. 14 Sch.

Stettin, den 21. November.

Berlin	kurz	—	Pom. Chauss.-		
"	2 Mt.	—	bau-Obligat.	5	—
Hamburg	6 Tag.	151¾ G	Used.-Wollin.		
"	2 Mt.	151 G	Kreis-Oblig.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143¾ G	St. Str.-V.-A.	4	—
"	2 Mt.	—	Pr. Nat.-V.-A.	4	115 B
London	10 Tag.	6 23⅞ B	Pr. See-Assec.-		
"	3 Mt.	6 21⅞ B	Comp.-Act.	4	—
Paris	10 Tg.	$80\frac{5}{6}$ B	Pomerania	4	110 B
"	2 Mt.	$80\frac{5}{12}$ B	Union	4	101 G
Bordeaux	10 Tg.	—	St.Speich.-Act.	5	—
"	2 Mt.	—	V.-Speich.-A.	5	—
Bremen	8 Tag.	—	Pomm. Prov.-		
"	3 Mt	—	Zuckers.-Act.	5	—
St. Petersbg.	3 Wch.	88½ G	N. St. Zucker-		
Wien	8 Tag.	—	Sieder.-Actien	4	—
"	2 Mt.	—	Mesch. Zucker-		
Preuss. Bank	4½	Lomb. 5 %	Fabrik-Anth.	4	—
Sts.-Anl. 54 57	4½	—	Bredower "	4	—
" "	5	—	Walzmühl-A.	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St.Portl.-Cem.-		
P. Präm.-Anl.	3½	—	Fabrik	4	—
Pomm. Pfdbr.	3½	—	Stett. Dampf		
" "	4	—	Schlepp-Ges.	5	—
" Rentenb	4	—	Stett. Dampf-		
Ritt. P.P.B.A.			schiffs-Verein	5	—
à 500 Rtl.	—	—	N. Dampfer-C	4	92 B
Berl.-St. Eis.-			Germania	4	100 B
Act. Lt. A. B.	4	—	Vulkan	4	—
" Prior.	4	—	Stett. Dampf-		
" "	4½	—	mühlen-Ges.	4	100 B
Starg.-P. E.A.	4½	—	Pommerensd.		
" Prior.	4	—	Chem. Fabrik	4	—
Stett. Stdt-O.	4½	—	Chem. Fb.-Ant.	4	—
Stett. Börsh.-			Stettin. Kraft-		
Obligationen	4	—	Dünger-F.-A.	—	—
St. Schausp.-			Gemeinnützige		
Obligationen	5	—	Bauges.-Anth.	5	—